

Besondere Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (BVB-Bau)

3.0	<p>Diese BVB sind Vertragsbestandteil und gelten ausschließlich. Entgegenstehende, ergänzende oder von diesen BVB abweichende Bedingungen des Auftragnehmers für die Ausführung von Bauleistungen erkennen wir nicht an, es sei denn, deren Geltung wurde ausdrücklich schriftlich zugestimmt. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, insbesondere auch dann, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender, ergänzender oder abweichender Bedingungen des Auftragnehmers die Leistungen bestellen oder vorbehaltlos annehmen.</p> <p>Anwendungshinweis:</p> <p>Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den Vertrag bestimmt. Bestandteile des Vertrages sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bestellung, 2. das Leistungsverzeichnis, 3. die Besonderen Vertragsbedingungen (BVB), 4. die Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB), 5. die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien (ZTV), 6. die Ergänzenden Technischen Vertragsbedingungen (ETV), 7. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), in der jeweils gültigen Fassung 8. die AGB der ewmr <p>Bei Abweichungen und Widersprüchen gelten die Vertragsbestandteile nach Satz 1 in der dort angegebenen Reihenfolge; Text und Beschreibung gehen zeichnerischen Unterlagen vor, sofern nicht ausdrücklich Zeichnungen und Muster in den Vertragsunterlagen als vorrangig für die Ausführung festgelegt sind.</p> <p>Rechtsgeschäftliche Erklärungen, die während der Laufzeit des Vertrages eventuell abzugeben oder entgegenzunehmen sind, bleiben ausschließlich dem beauftragenden Unternehmen vorbehalten. Das gilt insbesondere für alle Erklärungen, die zu einer Änderung, Erweiterung oder Ergänzung dieses Vertrages führen.</p>
3.1	<p>Ausführung (§ 4 Abs. 1 VOB/B)</p> <p>Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung auf der Baustelle obliegt dem jeweiligen Baubeauftragten des AG oder dessen Vertreter.</p> <p>Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.</p>

3.2	Dem Auftragnehmer werden, wenn nichts anderes vereinbart ist, unentgeltlich zur Benutzung überlassen (§ 4 Abs. 4 VOB/B):
3.2.1	Lager- und Arbeitsplätze: (Ziffer 5.2.3.7 Vertragsbedingungen der Stadtwerke)
3.2.2	Verkehrswege innerhalb des Baugeländes: (Ziffer 5.2.3.12 Vertragsbedingungen der Stadtwerke)
3.3	Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)
3.3.1	Mit der Ausführung ist zu beginnen: <i>gemäß Angabe Auftraggeber durch Abruf zum Rahmenvertrag.</i>
3.3.2	Die Leistung ist fertig zu stellen: <i>gemäß Angabe Auftraggeber durch Abruf zum Rahmenvertrag</i>
3.3.3	Folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen: <i>gemäß Angabe Auftraggeber durch Abruf zum Rahmenvertrag</i>
3.3.4	Der AG behält sich vor, das Ende der Ausführungsfristen im Abruf zum Kontrakt datumsmäßig festzulegen.
3.4	Vertragsstrafen
3.4.1	<p>Allgemeine Regelungen zu Vertragsstrafen</p> <p>Die Höhe sämtlicher in diesem Vertrag vereinbarten Vertragsstrafen ist insgesamt auf maximal 5 % der Netto-Abrechnungssumme begrenzt. Neben der Zahlung einer Vertragsstrafe ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber alle aus der zu einer Vertragsstrafe führenden Vertragsverletzung resultierenden Schäden zu ersetzen. Gezahlte Vertragsstrafen werden jedoch auf solche Schadenersatzansprüche des Auftraggebers angerechnet.</p> <p>Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe bereits bei der Abnahme vorzubehalten. Er kann die Vertragsstrafe vielmehr bis zur Schlusszahlung geltend machen.</p> <p>Unberücksichtigt von dieser Regelung ist die Schadenersatzregelung gemäß den Zusätzlichen Vertragsbedingungen Ziffer 4.18 (Wettbewerbsbeschränkungen).</p>

3.4.2	<p>Vertragsstrafe für Verzug</p> <p>Bei einer Überschreitung des schriftlich vereinbarten festgelegten Fertigstellungstermins hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber für jeden Werktag des Verzugs eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,15 % der Netto-Abrechnungssumme, höchstens jedoch 5 % der Netto-Abrechnungssumme zu zahlen.</p> <p>Bei einer Überschreitung der schriftlich vereinbarten festgelegten Zwischentermine beträgt die durch den Auftragnehmer zu zahlende Vertragsstrafe je Werktag des Verzugs 0,15 % des Anteils an der Netto-Abrechnungssumme, der auf die bis zu dem jeweiligen Zwischentermin fertigzustellende Teilleistung entfällt, höchstens jedoch 5 % des Anteils an der Netto-Abrechnungssumme, der auf die bis zu dem jeweiligen Zwischentermin fertigzustellende Teilleistung entfällt. Eine einmal verwirkte Vertragsstrafe für einen Zwischentermin wird auf nachfolgend verwirkte Vertragsstrafen für weitere Zwischentermine und/ oder den Fertigstellungstermin angerechnet, so dass eine Kumulierung der Einzelvertragsstrafen ausgeschlossen ist. Eine für die Überschreitung von Zwischenfristen verwirkte Vertragsstrafe entfällt, wenn der Auftragnehmer den Fertigstellungstermin einhält.</p> <p>Insgesamt ist die zu verwirkende Vertragsstrafe für Verzug begrenzt auf maximal 5 % der Netto-Abrechnungssumme. Neben der Zahlung der Vertragsstrafe ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber alle aus der Fristüberschreitung resultierenden Schäden zu ersetzen. Gezahlte Vertragsstrafen werden auf solche Schadenersatzansprüche des Auftraggebers angerechnet.</p> <p>Eine Vertragsstrafe nach vorstehender Maßgabe fällt nicht an, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Terminüberschreitung nicht zu vertreten hat</p>
3.5	<p>Mängelansprüche (§ 13 VOB/B)</p> <p>Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt einheitlich 5 Jahre ab Endabnahme. Die Regelung des § 13 (4) 2. VOB/B wird insoweit abbedungen. Diese Frist gilt auch für Mängelbeseitigungsleistungen.</p>
3.6	<p>Baum- und Pflanzenschutzsatzung</p> <p>Auf die jeweils geltenden Baum- und Pflanzenschutzsatzungen der zuständigen Gebietskörperschaft (Stadt) und die Vorschriften der GW 125, DIN 18920 und R SBB zum Schutz von Bäumen, Sträuchern und Grünanlagen wird hingewiesen.</p>

3.7	FCKW- und H-FCKW-haltige Dämmstoffe und PVC-haltige Materialien
3.7.1	Die Verwendung FCKW- und H-FCKW-haltiger Dämmstoffe (extrudierter Polystyrolschaum, z. B. Roofmate, Styrofoam, Jakodur) sowie Montageschäume ist nicht zulässig. Es sind daher auf den jeweiligen Anwendungsfall abgestimmte, geeignete Ersatzdämmstoffe vorzusehen.
3.7.2	PVC-haltige Materialien dürfen nur dann verwendet werden, wenn die Leistungsbeschreibung dies ausdrücklich vorsieht.
3.8 - 3.10	Weitere zusätzliche Vertragsbedingungen
3.8.1	Der AG behält sich vor, Arbeiten aus diesem Rahmenvertrag teilweise oder vollständig in eigener Regie selbst auszuführen. Gleiches gilt auch bei Arbeiten in der Störungsbeseitigung.
3.8.2	Der AG behält sich vor, Arbeiten und Leistungen aus dem Titel 01.02.09.0000 „Bodentransport, Entsorgung“ teilweise oder vollständig selbst auszuführen oder ausführen zu lassen.
3.8.3	Fallen in einer Baumaßnahme, deren Auftraggeber nicht die Stadtwerke sind, Arbeiten an, die jedoch Arbeiten der Stadtwerke beinhalten, so fallen diese Arbeiten nicht in den Geltungsbereich des Rahmenvertrages.
3.8.4	<p>Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.</p> <p>Der AG darf die Preisermittlung bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen und einsehen, nachdem der AN davon rechtzeitig verständigt und ihm freigestellt wurde, bei der Einsichtnahme anwesend zu sein. Die Preisermittlung wird danach wieder verschlossen. Die Preisermittlung wird nach Ablauf des Rahmenvertrages wieder zurückgegeben.</p> <p>Sind nach VOB, Teil B, § 2 Nrn. 3, 5, 6, 7 oder 8 Abs. 2 Preise zu vereinbaren, hat der AN auf Verlangen seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.</p>
3.8.5	Der Rahmenvertrag hat eine feste Laufzeit von 24 Monaten. Er verlängert sich nach Ablauf dieser Laufzeit von 24 Monaten bis zu maximal dreimal um jeweils 12 weitere Monate, sofern er nicht vom Auftraggeber jeweils 4 Monate vor Ablauf der Laufzeit schriftlich gekündigt wird.
3.8.6	<p>Die Lohn- und Materialanteile unterliegen der Preisanpassung entsprechend den Vorgaben der anliegenden Preisgleitklausel. Die erste Preisanpassung findet auf Verlangen eines Vertragspartners erstmalig nach Ablauf der festen Laufzeit von 24 Monaten statt. Sie kann jeweils 6 Monate vor dem jeweiligen Verlängerungszeitpunkt schriftlich geltend gemacht werden.</p> <p>Dazu sind die erforderlichen Nachweise fristgerecht einzureichen.</p>

3.8.7	Aus organisatorischen Gründen können Tiefbauarbeiten im Zuge von LWL- und Elektromobilitäts-Maßnahmen an die ausführende Firma der entsprechenden Arbeiten vergeben werden. Dies gilt insbesondere für Kopflöcher beim Einblasen der LWL, Tiefbauarbeiten bei der Errichtung von Ladesäulen als auch bei entsprechenden Baustellen bis 60.000 €.
3.8.8	<p>Der AG behält sich vor, bei Überschreitung des unter 3.3.1. genannten Beginns der Ausführung, den entsprechenden Abruf zum Rahmenvertrag zurückzunehmen und die Arbeiten selbst in eigener Regie oder durch einen anderen AN auszuführen lassen.</p> <p>Eine Rücknahme nach vorstehender Maßgabe fällt nicht an, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Terminüberschreitung nicht zu vertreten hat.</p>
3.8.9	<p>Es werden mehrere Lose Tief-, Rohr- und Kabelbau im Versorgungsgebiet Der Stadtwerke Bochum Gruppe vergeben.</p> <p>Folgende Leistungen aus den Rahmenverträgen Lose 1 - 4 (Aufteilung in Stadtgebiete) werden zum Teil auch in den anderen Rahmenverträgen erbracht bzw. vergeben:</p> <p>Austausch von Kabelverteilerschränke, die Herstellung und den Rückbau von Sonderstromhausanschlüssen (SOSHA), die Erstellung von Muffenlöcher an Stromstationen zur Erneuerung von Schaltanlagen, Freilegen von Erdungsanlagen vor Stationen, die Erneuerung von Hydranten, die Behebung von Korrosionsschäden, sowie den Austausch von Schiebergestängen, Hahnstangen und Kappen.</p> <p>Neubau, Austausch und Einbindung von Stromstationen sind nicht Bestandteil der Rahmenverträge Los 1 - 4.</p>
3.8.10	<p>Der AG behält sich vor, im Rahmen von Netzneubau-, Netzausbau- oder Netzverlegungsmaßnahmen einzelne Hausanschlüsse einschließlich der hierfür erforderlichen Suchschachtungen an das mit der jeweiligen Gesamtmaßnahme beauftragte Unternehmen zu vergeben. Dies gilt insbesondere für Leistungen, die in einem räumlichen, technischen oder zeitlichen Zusammenhang mit der Hauptmaßnahme stehen. Eine solche Vergabe ist unabhängig von den im Rahmenvertrag definierten Einzelauftragswerten zulässig.</p>

3.9	Lohngleitklausel
3.9.1	<p>Mehr- oder Minderaufwendungen des Auftragnehmers für Löhne und Gehälter werden nur erstattet, wenn sich der maßgebende Lohn durch Änderungen der Tarife oder bei einem tariflosen Zustand durch Änderungen auf Grund von Orts- und Gewerbe üblichen Betriebsvereinbarungen erhöht oder vermindert hat.</p> <p>Maßgebender Lohn ist der Gesamttarifstundenlohn (Tarifstundenlohn und Bauzuschlag) des Spezialbaufacharbeiters gemäß Lohngruppe 4 (West).</p> <p>Mehr- oder Minderaufwendungen auf Grund solcher Tarifverträge, die am Tag vor Ablauf der Angebotsfrist abgeschlossen waren (Unterzeichnung des Tarifvertrages durch die Tarifpartner), werden nicht erstattet; das Gleiche gilt für Betriebsvereinbarungen bei tariflosem Zustand.</p>
3.9.2	<p>Bei Änderung des maßgebenden Lohns um jeweils 1 Cent/Stunde wird die Vergütung für die nach dem Wirksamwerden der Änderung zu erbringenden Leistungen entsprechend den Lohnanteilen der einzelnen Positionen gemäß Urkalkulation des Angebots unter Berücksichtigung des angebotenen Auf- oder Abschlags erhöht oder vermindert. Dabei werden die auf Grund der Stoffpreisgleitklausel zu erstattende Beträge nicht in Ansatz gebracht. Satz 1 findet auf Nachträge insoweit keine Anwendung, als in deren Preisen Lohnänderungen bereits berücksichtigt sind. Durch die Änderung der Vergütung sind alle unmittelbaren und mittelbaren Mehr- oder Minderaufwendungen einschließlich derjenigen, die durch Änderungen der gesetzlichen oder tariflichen Sozialaufwendungen entstehen, abgegolten. Der vereinbarte Änderungssatz gilt unabhängig davon, ob sich Art und Umfang der Leistungen ändern.</p>
3.9.3	<p>Der Wert der bis zum Tage der Änderung des maßgebenden Lohns erbrachten Leistungen (Leistungsstand) ist unverzüglich durch ein gemeinsames Aufmaß oder auf andere geeignete Weise - zumindest mit dem Genauigkeitsgrad einer geprüften Abschlagsrechnung - festzustellen. Dabei sind alle bis zu diesem Zeitpunkt auf der Baustelle oder in Werk- oder sonstigen Betriebsstätten - ggf. auch nur teilweise - erbrachten Leistungen zu berücksichtigen.</p> <p>Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Lohnänderung rechtzeitig schriftlich anzuzeigen und alle zur Prüfung des Leistungsstandes erforderlichen Nachweise rechtzeitig zu liefern.</p>
3.9.4	<p>Vermeidbare Mehraufwendungen werden nicht erstattet. Vermeidbar sind insbesondere Mehraufwendungen, die dadurch entstanden sind, dass der Auftragnehmer Vertragsfristen überschritten oder die Bauausführung nicht angemessen gefördert hat.</p>
3.9.5	<p>Von dem nach den Nrn. 3.9.2 bis 3.9.4 ermittelten Mehr- oder Minderbetrag wird nur der über 0,5 v.H. der Abrechnungssumme (Vergütung für die in Bezug auf den jeweiligen Einzelauftrag, insgesamt erbrachte Leistung) hinausgehende Teilbetrag erstattet (Bagatell- oder Selbstbeteiligungsklausel). Dabei sind der Mehr- oder Minderbetrag ohne Umsatzsteuer, die Abrechnungssumme ohne die auf Grund von Gleitklauseln zu erstattende Beträge und ohne Umsatzsteuer anzusetzen. Ein Mehr- oder Minderbetrag kann erst geltend gemacht werden, wenn der Bagatell- und Selbstbeteiligungsbetrag überschritten ist; bis zur Feststellung der Abrechnungssumme wird 0,5 v.H. der Auftragssumme zugrunde gelegt.</p>

3.10	Stoffgleitklausel
3.10.1	Mehr- oder Minderaufwendungen des Auftragnehmers für Materialien werden nur erstattet, wenn sich die maßgebenden Preise erhöht oder vermindert haben. Auf die Erstellung eines besonderen Verzeichnisses der Stoffe, auf die diese Klausel Anwendung findet, wird verzichtet. Sie gilt nur für alle im Leistungsverzeichnis ausdrücklich benannten Stoffe. Sie gilt nicht für Hilfs- und Betriebsstoffe.
3.10.2	Bei Änderung der Materialpreise wird die Vergütung für die nach dem Wirksamwerden der Änderung zu erbringenden Leistungen entsprechend den Materialanteilen der einzelnen Positionen gemäß Urkalkulation des Angebots unter Berücksichtigung des angebotenen Auf- oder Abschlags erhöht oder vermindert. Dabei werden die auf Grund der Lohngleitklausel zu erstattenden Beträge nicht in Ansatz gebracht. Satz 1 findet auf Nachträge insoweit keine Anwendung, als in deren Preisen Materialpreisänderungen bereits berücksichtigt sind. Durch die Änderung der Vergütung sind alle unmittelbaren und mittelbaren Mehr- oder Minderaufwendungen abgegolten. Der vereinbarte Änderungssatz gilt unabhängig davon, ob sich Art und Umfang der Leistungen ändern.
3.10.3	Der Wert der bis zum Tage der Änderung des maßgebenden Materialpreises erbrachten Leistungen (Leistungsstand) ist unverzüglich durch ein gemeinsames Aufmaß oder auf andere geeignete Weise - zumindest mit dem Genauigkeitsgrad einer geprüften Abschlagsrechnung - festzustellen. Dabei sind alle bis zu diesem Zeitpunkt auf der Baustelle oder in Werk- oder sonstigen Betriebsstätten - ggf. auch nur teilweise - erbrachten Leistungen zu berücksichtigen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Materialpreisänderung rechtzeitig schriftlich anzuzeigen und alle zur Prüfung des Leistungsstandes erforderlichen Nachweise rechtzeitig zu liefern.
3.10.4	Vermeidbare Mehraufwendungen werden nicht erstattet. Vermeidbar sind insbesondere Mehraufwendungen, die dadurch entstanden sind, dass der Auftragnehmer Vertragsfristen überschritten oder die Bauausführung nicht angemessen gefördert hat.
3.10.5	Von dem nach den Nrn. 3.10.2 bis 3.10.4 ermittelten Mehr- oder Minderbetrag wird nur der über 0,5 v.H. der Abrechnungssumme (Vergütung für die, in Bezug auf den jeweiligen Einzelauftrag, insgesamt erbrachte Leistung) hinausgehende Teilbetrag erstattet (Bagatell- oder Selbstbeteiligungsklausel). Dabei sind der Mehr- oder Minderbetrag ohne Umsatzsteuer, die Abrechnungssumme ohne die auf Grund von Gleitklauseln zu erstattenden Beträge und ohne Umsatzsteuer anzusetzen. Ein Mehr- oder Minderbetrag kann erst geltend gemacht werden, wenn der Bagatell- und Selbstbeteiligungsbetrag überschritten ist; bis zur Feststellung der Abrechnungssumme wird 0,5 v.H. der Auftragssumme zugrunde gelegt.